

Trevor Evans

Die ökonomische Entwicklung in den USA und die Anschläge vom 11. September

Der Zeitpunkt der Angriffe auf das World Trade Center und das Pentagon hätte kaum besser gewählt werden können, falls man damit eine möglichst große Auswirkung auf die US-amerikanische Wirtschaft bezwecken wollte. Hätten die Attentate einige Jahre früher stattgefunden, wäre ihr ökonomischer Effekt vergleichsweise gering geblieben. Der Internationale Währungsfonds hat darauf hingewiesen, dass das Erdbeben, das sich 1995 in Japan ereignete, eine ähnliche Zahl von Todesopfern und weitaus größere Zerstörungen mit sich brachte als die Attentate vom 11. September in den USA. Dieses Erdbeben hatte aber seinerzeit einen nur geringen Einfluss auf das japanische Wirtschaftswachstum (IMF 2001). Die amerikanische Ökonomie war in dem Jahr, das den Attentaten voranging, allerdings sehr verwundbar geworden. Der Aufschwung, der 1991 begonnen hatte, hatte sich bereits in der zweiten Hälfte des Jahres 2000 stark abgeschwächt und im Sommer 2001 standen die USA am Rande einer Rezession.

Seit den frühen 70er Jahren, als die langanhaltende Aufschwungphase, die dem zweiten Weltkrieg gefolgt war, ihr Ende erreicht hatte, gab es in der US-amerikanischen Ökonomie drei große Rezessionen: 1973-75, 1980-82 und 1990-91. Jede dieser Rezessionen war mit einem starken Rückgang des Sozialprodukts und der Beschäftigung in den USA verbunden und aufgrund der dominanten internationalen Position der amerikanischen Wirtschaft wurde davon auch der Rest der Welt erheblich beeinflusst.

In der Aufschwungphase des amerikanischen Konjunkturzyklus, der 1991 begonnen hatte, gab es zunächst niedrige Wachstumsraten. Da die Arbeitslosigkeit weiterhin zunahm, sprach man zuweilen vom „jobless growth“. Im Unterschied zum Beginn früherer Aufschwungsphasen weigerten sich sowohl die Regierung Bush (senior) als auch die Regierung Clinton der Ökonomie mit steigenden Staatsausgaben auf die Sprünge zu helfen. Ein schwacher Dollar machte jedoch die amerikanischen Waren auf dem Weltmarkt billiger, so dass die Exporte zunahmen. Als die Profite stiegen, begannen auch die amerikanischen Firmen wieder mehr in neue Ausrüstungen zu investieren und als dies zu neuen Jobs führte, fingen auch die privaten Haushalte wieder an mehr zu konsumieren.

Zwischen 1995 und 2000 gab es in den USA jährliche Wachstumsraten von über 4%, ein Wert, der zuletzt in den 60er Jahren erreicht worden war. Die offizielle Arbeitslosenquote, die 1992 bei knapp 8% gelegen hatte, fiel im Jahr 2000 unter 4%. Und obwohl die Mainstream Ökonomen immer argumentiert hatten, die Inflationsrate würde stark ansteigen, wenn die Arbeitslosenquote jemals unter 6% fallen würde, blieb die Inflationsrate gleichzeitig ungewöhnlich niedrig. Diese außergewöhnliche Kombination führte zu der weithin geteilten Auffassung, dass in den USA eine *New Economy* entstanden sei. Der prominenteste Vertreter dieser Auffassung war Alan Greenspan, der Chef der US-amerikanischen Zentralbank (vgl. zur Auseinandersetzung mit dieser *New Economy* die Beiträge in *PROKLA* 122).

Der Abschwung

Die Periode starken Wachstums fand im zweiten Quartal 2000 ihr Ende und ab dem dritten Quartal 2000 gab es nur noch ein geringes Wachstum. Mit dem Abschwung begannen auch die Profite außerhalb des Finanzsektors zu fallen. Im dritten Quartal 2000 gingen die Profite nur leicht zurück, den wirklichen Bruch gab es im vierten Quartal als sie um 11% fielen. Weitere deutliche Rückgänge folgten in den beiden ersten Quartalen des Jahres 2001. Im zweiten Quartal 2001 lagen die Profite um 22% unter dem Niveau des selben Vorjahresquartals – ein deutliches Signal für die wachsenden Probleme der US-Ökonomie (Bureau of Economic Analysis, www.bea.gov 31.Oct. 2001, Table 1.16).

Als Reaktion auf diesen steilen Absturz der Profite kürzten die Unternehmen ihre geplanten Investitionen. In den beiden letzten Quartalen von 2000 hielt sich die Abnahme der Investitionen noch in Grenzen, zu einem richtigen Schnitt kam es dann in den beiden ersten Quartalen von 2001, wo die Investitionen (auf das Jahr umgerechnet) um 12% abnahmen (Bureau of Economic Analysis, www.bea.gov 31.Oct. 2001, Table 1.1).

Bei abnehmenden Investitionen und einem schwachen Wachstum nahm auch die Arbeitslosigkeit wieder zu. Die Arbeitslosenrate, die im Jahr 2000 noch 3,8% betragen hatte, erreichte im August 2001 bereits 4,9%. Zwischen Oktober 2000 und August 2001 nahm die Zahl der offiziell registrierten Arbeitslosen um 1,4 Millionen zu, allein im August betrug die Zunahme 562.000, der größte monatliche Zuwachs seit der Rezession der frühen 80er Jahre (US Bureau of Labor Statistics, www.bls.gov 9. Nov. 2001). Nach Angaben der American Federation of Labour gingen allein im verarbeitenden Gewerbe über 800.000 Arbeitsplätze zwischen Januar und August verloren.

Mitte 2001 gab es so gut wie kein Wachstum mehr – die offiziellen Statistiken registrierten für das zweite Quartal 2001 lediglich ein Wachstum von 0,3%. Der einzige Grund, warum das Sozialprodukt nicht schrumpfte, be-

stand darin, dass die Haushalte ihre Konsumausgaben nach wie vor steigerten, wenn auch mit einer viel geringeren Rate als früher.

Hohe Konsumausgaben waren eine wichtige Antriebskraft für das Wachstum während der zweiten Hälfte der 90er Jahre. Auf den ersten Blick mag dies überraschen, weil die Einkommen der meisten Beschäftigten in den USA bis zum Ende der 90er Jahre kaum zunahmen. Eine Möglichkeit mehr zu konsumieren bestand darin, weniger zu sparen. Dies zeigte sich in der Sparquote (dem Sparanteil an den Einkommen nach Steuern), die von 8,7% im Jahre 1992 auf 1% im Jahre 2000 fiel. Die US-Haushalte hatten in der Masse aufgehört zu sparen.

Außerdem besitzen viele Haushalte Aktien und im Prinzip können sie vom „Wohlstandseffekt“ steigender Aktienpreise profitieren. Tatsächlich ist das Aktienvermögen der meisten Haushalte aber recht klein, so dass sich die meisten positiven Effekte auf die oberen 20% der Haushalte beschränken, die zusammen über 95% des Aktienvermögens besitzen.

Die meisten Haushalte konnten ihre steigenden Konsumausgaben nur durch zunehmende Verschuldung finanzieren. Gegen Ende der 90er Jahre war die Verschuldung der privaten Haushalte auf 70% des Sozialprodukts angewachsen, was ca. 10 Prozentpunkte über dem entsprechenden Wert am Ende der Aufschwungphase der 80er Jahre lag. Solange die Beschäftigung zunahm und die Arbeitsplätze gesichert schienen, waren die Haushalte bereit sich zu verschulden. Als aber 1990 die Arbeitslosigkeit beim Beginn der letzten Rezession zunahm, schraubten die Haushalte ihre Konsumausgaben sehr stark zurück. Im Sommer 2001 stellte sich dann die Frage, ob die Konsumenten angesichts von umfangreichen Entlassungen auch weiterhin bereit wären, sich stark zu verschulden, selbst wenn die Beschäftigungsverhältnisse unsicherer werden.

Finanzielle Gefahren

Als das Ausmaß des Abschwungs deutlich wurde, senkte die amerikanische Zentralbank zwischen Januar und August insgesamt sieben Mal die Zinsen: von 6,5% auf 3,5%. Schon zuvor hatten die amerikanische Zentralbank sowie internationale Organisationen wie der IWF oder die etwas diskretere Bank für Internationalen Zahlungsausgleich ihre Besorgnis über die Gefahren geäußert, die der US-amerikanischen Wirtschaft von der monetären Seite her drohten.

Ein Hauptproblem war der Zustand des US-amerikanischen Finanzsystems. Während des Aufschwungs hatten viele amerikanische Firmen ihre Investitionen aus Eigenmitteln finanziert. Allerdings nahm ihre Verschuldung von Jahr zu Jahr zu. Im Jahr 2000 beliefen sich die Schulden des Unternehmenssektors (ohne Finanzbranche) auf 47% des Sozialprodukts – der höchste jemals erreichte Wert. Darüber hinaus hatten sich, wie oben schon bemerkt wurde, auch die privaten Haushalte immer stärker verschuldet. Anfang 2001 war die

amerikanische Zentralbank ernsthaft über diese hohe Verschuldung besorgt und sie war auch einer der Hauptgründe, die Alan Greenspan im Januar für seine erste Zinssenkung anführte. Greenspans Sorge über die Situation des US-amerikanischen Bankensystems zeigte sich auch im Juni als er vor einem Kongresskomitee erklärte,

„many of the traditional quantitative and qualitative indicators suggest that bank asset quality is deteriorating and that supervisors therefore need to be more sensitive to problems at individual banks, both currently and in the months ahead.“ (Greenspan 2001)

Ein zweites Problem war die Situation am Aktienmarkt. Als die Profite zu Beginn der 90er Jahre anzogen, folgten die Aktienpreise zunächst noch in einem entsprechenden Ausmaß. In der zweiten Hälfte der 90er Jahre entwickelte sich allerdings eine klassische Finanzblase: die Aktienpreise erreichten solche Höhen, dass die zugrunde liegenden Erwartungen zukünftiger Profite völlig unrealistisch wurden. Die meisten der normalen Kennziffern für die Aktienpreise zeigten an, dass Aktien in einem erheblichen Ausmaß zum Teil um 60 oder sogar um 100% überbewertet waren. Wenn die Blase platzen würde, war klar, dass dies für viele Finanzinstitutionen, die Aktien auf Kredit gekauft hatten, den Bankrott bedeuten könnte.

Die dritte große Gefahr betraf die internationale Position der USA und den Wechselkurs des Dollars. Die starke Verschuldung der Unternehmen und der privaten Haushalte wurde letzten Endes durch massive Zuflüsse von ausländischem Kapital finanziert. Das Defizit der USA gegenüber anderen Staaten wuchs die gesamten 90er Jahre hindurch. Im Jahr 2000 erreichte es den Jahreswert von 330 Mrd. Dollar. Um so weiter zu machen, war es also nötig, dass jeden Tag knapp eine Milliarde Dollar an ausländischem Kapital in die USA strömte.

In der zweiten Hälfte der 90er Jahre waren die Zinsen und Dividenden in den USA höher als in Europa oder Japan, so dass internationale Investoren gerne bereit waren, amerikanische Aktien und Wertpapiere zu kaufen. Dadurch stieg auch der Wert des Dollars, was solche Anlagen noch zusätzlich attraktiv machte.

Aufgrund der sinkenden Zinsen dürfte es für die USA aber zunehmend schwieriger werden, ausreichend ausländisches Kapital anzuziehen. Und es könnte noch schlimmer kommen, wenn internationale Anleger beginnen würden, die Papiere, die sie bereits haben, zu verkaufen. Falls der Dollar schwächer würde, könnte dies einen kumulativen Prozess in Gang setzen, da die Investoren versuchen würden ihr Kapital abzuziehen, bevor sich der Wechselkurs noch weiter verschlechtert. In diesem Fall würden die internationalen Finanzmärkte in eine Krise erheblichen Ausmaßes rutschen.

Der 11. September

Die Attentate hatten einen unmittelbaren Einfluss auf das US-amerikanische Finanzsystem. Ein erster Schock betraf das Zahlungssystem: Da die Telekommunikationsverbindungen in Süd-Manhattan zusammengebrochen waren, konnten die Banken nicht sicher sein, dass von ihnen getätigte Zahlungen auch ankommen würden, so dass sie Zahlungen lieber zurückstellten. Als Folge davon drohte die Kette der Zahlungsverpflichtungen, die ein modernes Geldsystem ausmacht, zusammenzubrechen. Allerdings reagierte die Zentralbank sofort und pumpte Geld ins Bankensystem und die Geldmärkte. Der Effekt war so groß, dass die Zinssätze in New York für einige Tage auf 1% fielen.

Der zweite Schock betraf die New Yorker Börse. Die Regierung hatte ursprünglich darauf gedrängt, die Börse bereits am 13. September zu öffnen, damit die unmittelbar sichtbaren Auswirkungen der Anschläge so gering wie möglich blieben, doch die Wiedereröffnung war erst am 17. September möglich. Die Aktienpreise hatten ihren Gipfel im Frühjahr 2000 erreicht und waren seither um ca. 20% gefallen. Trotzdem waren noch immer viele Aktien, gemessen an den üblichen Kennziffern, überbewertet und nach den Anschlägen begannen weltweit die Anleger verstärkt damit, ihre Vermögenswerte aus dem Aktienmarkt abzuziehen. Daher gab es die Befürchtung, dass es bei der Wiedereröffnung der New Yorker Börse zu einem starken Kursrutsch kommen würde. Unmittelbar vor der Börsenöffnung senkte die amerikanische Zentralbank die Zinsen um 0,5%, um damit die Kurse zu stützen. In der ersten Woche fielen die Kurse um ca. 10%, doch ein Crash wurde vermieden. Seither hat die Zentralbank ihre Zinsen weitere zwei Male um einen halben Prozentpunkt gesenkt, so dass der Leitzins jetzt bei 2% liegt – so tief wie seit 40 Jahren nicht mehr. Dies geschah um die Aktienpreise zu stützen und tatsächlich erreichten die Kurse Anfang November wieder das Niveau, das sie vor den Anschlägen hatten.

Die dritte – mögliche – Gefahr betrifft den Zufluss ausländischen Kapitals in die USA und den Wechselkurs des Dollar. Unmittelbar nach den Anschlägen begannen ausländische Investoren, insbesondere große japanische Investmentfonds Kapital aus den USA abzuziehen und der Dollar verlor gegenüber dem Euro und dem Yen an Wert. Allerdings kam es nicht zu einer regelrechten Flucht aus dem Dollar, wie manche Seiten vermutet hatten. Als sich die öffentlichen Diskussionen dann auf die möglichen militärischen Antworten der USA konzentrierten, begannen doch wieder viele Investoren die USA als den sichersten Hafen für ihre Anlagen zu betrachten.

Von besonderem Interesse war das Verhalten der japanischen Regierung. Seit Beginn der 90er Jahre erlebte Japan eine anhaltende wirtschaftliche Stagnationsphase. Daher ist die Regierung sehr stark daran interessiert, dass der Dol-

lar gegenüber dem Yen nicht an Wert verliert, was die Exportchancen der eigenen Industrie vermindern würde. Als der Dollar nach dem 11. September fiel, intervenierte die japanische Zentralbank massiv und kaufte allein im September 25 Mrd. Dollar. Damit wurde nicht nur ein weiterer Fall des Dollar verhindert sondern auch das US-amerikanische Leistungsbilanzdefizit von einem Monat finanziert.

Produktion und Beschäftigung

Der direkte Einfluss der Anschläge auf Produktion und Beschäftigung ist weit weniger dramatisch. Die Fluggesellschaften mussten am meisten leiden, allein schon weil in den ersten vier Tagen nach den Anschlägen alle Flüge gestrichen wurden. Obwohl sich die Regierung bereit erklärte, 5 Mrd. Dollar als Kompensation zu zahlen und verbilligte Kredite im Umfang von 10 Mrd. Dollar bereit stellen will, kündigten die Fluggesellschaften an ca. 100.000 Beschäftigte zu entlassen. Seit der Flugverkehr wieder aufgenommen wurde, nahm die Zahl der Flugreisenden aber stark ab. Allerdings stammen viele Probleme der Fluggesellschaften auch schon aus der Zeit vor dem 11. September und sind ein Resultat des allgemeinen Abschwungs, der vorher eingesetzt hatte.

Auch das Hotel- und Gaststättengewerbe wurde von den Anschlägen betroffen. Die amerikanische Handelskammer befürchtet, dass eine Million Arbeitsplätze verloren gehen werden.

Getroffen wurde auch die verarbeitende Industrie. Da in den 90er Jahren viele Unternehmen ihre Lager abgebaut und zur „just-in-time“ Produktion übergegangen waren, sind sie auf ein funktionierendes Transportsystem, bei dem die Luftfracht eine wichtige Rolle spielt, angewiesen. Einige Unternehmen mussten daher nach dem 11. September ihre Produktion unterbrechen.

Die genannten Bereiche haben auf die US-amerikanische Wirtschaft insgesamt nur eine begrenzte Auswirkung. Allerdings lagen die Wachstumsraten auch schon vor den Anschlägen nahe bei Null und für das dritte Quartal wurde von vielen Ökonomen mit dem Beginn einer Rezession gerechnet. Die vorläufigen Daten, die Ende Oktober veröffentlicht wurden, zeigen, dass das Sozialprodukt im dritten Quartal leicht gefallen ist, dass aber die Anlageinvestitionen, die treibende Kraft in einer kapitalistischen Ökonomie, erneut stark zurückgegangen sind. Auch die Exporte haben abgenommen, was die nachlassende Konjunktur in anderen Ländern reflektiert. Trotz gewachsener Unsicherheit der Arbeitsplätze gingen allerdings die Verbraucherausgaben zunächst noch nicht zurück. Die vorläufigen Daten müssen jedoch häufig noch erheblich revidiert werden. Da das vorliegende Material die Auswirkungen der Anschläge noch nicht ganz erfasst, ist es gut möglich, dass die erwartete Rezession sogar schon begonnen hat.

Zunehmende staatliche Interventionen

Eine Rezession hätte auch ohne die Attentate eintreten können. Massive Überinvestitionen amerikanischer Unternehmen, überbewertete Aktien und eine enorme Verschuldung sowohl der Unternehmen wie der privaten Haushalte haben eine sehr krisenanfällige Lage geschaffen. In Japan, das Ende der 80er Jahre vor einer ähnlichen Situation stand und es nicht geschafft hat, damit fertig zu werden, kann man das ganze Ausmaß der Probleme erkennen, denen sich die USA gegenüber sehen. Die Anschläge haben jedoch der Antwort der US-Regierung auf diese Probleme eine ganz spezifische Gestalt gegeben.

Entgegen der Ansicht, dass im Zuge der Globalisierung Nationalstaaten immer weniger wichtig werden, hat der US-amerikanische Staat stets eine wichtige und aktive Rolle in der Ökonomie gespielt. In der Folge des 11. September wurde diese Rolle noch interventionistischer. Unmittelbar nach den Attentaten beschloss die Regierung ein Ausgabenpaket von 40 Mrd. Dollar, vor allem als Hilfe für die angeschlagenen Luftfahrtunternehmen und für verbesserte Sicherheitsvorkehrungen. Zur Konsternierung der Republikaner übernahm die Regierung sogar Anteile an den Fluggesellschaften. Außerdem sollen sich nun wieder verstärkt staatliche Stellen um die Sicherheitsüberprüfungen an den Flughäfen kümmern.

Ein anderes Gebiet, auf dem die amerikanische Regierung nun zu mehr Eingriffen bereit ist, sind die „Off-Shore“ Banken. Die EU hatte schon seit längerer Zeit Vorschläge gemacht, um effektiver gegen Steueroasen und Steuerhinterziehung vorzugehen, da sie davon ausgeht, dass viele US Unternehmen aufgrund solcher Kanäle ungerechtfertigte Vorteile erlangen. Die amerikanische Regierung hatte die europäischen Vorschläge stets mit der Begründung abgelehnt, sie seien nicht praktikierbar. Dasselbe Argument wird auch gegen die Tobin-Steuer vorgebracht, die in letzter Zeit von Gruppen wie ATTAC verstärkt gefordert wurde. Seit dem 11. September besteht jedoch ein wichtiges Element der US-amerikanischen Kampagne gegen den Terrorismus im Versuch, die terroristischen Gruppen von ihren Geldquellen abzuschneiden. Zu diesem Zweck hat die amerikanische Regierung Kontrollen der Konten von Off-Shore Banken eingeführt, die weit über die von der EU vorgeschlagenen Maßnahmen hinausgehen. Dies zeigt, dass – falls der politische Wille vorhanden ist – man auch Off-Shore Zentren kontrollieren kann.

Die wichtigste ökonomische Initiative unternahm die Regierung Anfang Oktober. Als Antwort auf die drohende Rezession kündigte Bush ein Maßnahmenpaket im Umfang von 75-80 Mrd. Dollar an, das vor allem aus Steuersenkungen besteht. Bush hatte schon lange Steuersenkungen favorisiert, vor allem für die Wohlhabenden. Maskiert als keynesianische Politik zur Verhinderung einer Rezession versuchte er jetzt die Situation auszunutzen und im

Kongress bei beiden Lagern Unterstützung zu erhalten. Tatsächlich sind die Vorschläge im Kongress aber erst einmal hängen geblieben.

Die Republikaner, die das Abgeordnetenhaus kontrollieren, haben ohne jede Scham ein Steuerkürzungspaket von 100 Mrd. Dollar zusammengestellt, das nicht nur über Bushs ursprüngliche Vorschläge hinausgeht, sondern auch noch eine Menge alter Steckenpferde der Republikaner umfasst, wie etwa niedrigere Steuern auf Kapitalgewinne oder verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten für Verluste auf den Aktienmärkten – Maßnahmen, die der angeschlagenen Ökonomie kaum helfen werden. Im Unterschied dazu haben die Demokraten, die den Senat beherrschen, die Befürchtung, dass ein zu großes Paket Inflationsängste schürt und damit zu höheren langfristigen Zinsen führt mit negativen Auswirkungen auf die Investitionen. Auf diesem Wege würde das, was sie als Errungenschaften der Clinton-Ära betrachten, wieder verloren gehen. Die Demokraten haben daher ein kleineres Paket vorgeschlagen, das aus höheren Ausgaben vor allem für eine verbesserte Infrastruktur im Umfang von 20 Mrd. Dollar und Steuerkürzungen von 35 Mrd. Dollar besteht. Letzteres soll vor allem den unteren Einkommensgruppen zu Gute kommen, die das Geld auch wieder ausgeben würden, sowie verbesserten Abschreibungsmöglichkeiten, was die Anlageinvestitionen ankurbeln soll.

Das Hilfspaket, das unmittelbar nach den Anschlägen verabschiedet wurde, beläuft sich zusammen mit den von Bush gemachten Vorschlägen auf ca. 1,5% des US-amerikanischen Sozialprodukts. Vorausgesetzt das zusätzliche Geld landet bei Leuten, die es tatsächlich ausgeben, wird die Ökonomie – zumindest kurzfristig – einen Aufschwung erfahren. Eine nachhaltige Erholung kann es aber nur geben, wenn der Unternehmenssektor seine Verschuldung reduziert und einige seiner fragwürdigen Investitionen der späten 90er Jahre endgültig abschreibt.

Auf der internationalen Ebene haben die Anschläge es den USA ermöglicht, ihre Globalisierungsstrategie voranzubringen. Ein wesentlicher Bereich ist dabei die militärische Präsenz. Präsident Bush, Verteidigungsminister Rumsfeld und andere Vertreter der Regierung haben mehrfach betont, dass ein neuer, langfristiger Krieg gegen den Terrorismus nötig sei. Damit aber werden andere Länder in einem weiten geographischen Bereich gezwungen sein, eine langfristige US-Präsenz zu akzeptieren – im Ergebnis heben die USA ihre Innenpolitik auf ein globales Niveau.

Mit den Angriffen auf Afghanistan haben die USA außerdem das Mittel, ihre Position in den zentralasiatischen Staaten enorm zu festigen. In dieser Region befinden sich große Naturschätze einschließlich bedeutender Ölvorkommen. Seit die Sowjetunion auseinandergebrochen ist, war es den USA nicht gelungen, dort Fuß zu fassen. Jetzt haben sie vor allem in Usbekistan Fortschritte erzielt. Im Oktober wurde ein Kooperationsabkommen geschlossen, das auch die Stationierung von Truppen vorsieht.

Auch für ihre Vorstellungen über den internationalen Handel konnte die amerikanische Regierung das Klima, das nach den Attentaten herrschte, nutzen. Bereits vor den Anschlägen forderte die Bush-Regierung eine neue WTO-Runde für eine weitere Handelsliberalisierung. Die USA unterstützen Maßnahmen, wie etwa den Schutz geistiger Eigentumsrechte, wenn sie insbesondere amerikanischen Konzernen nützen. Seit dem 11. September argumentieren Vertreter der US-Regierung darüber hinaus, dass eine weitere Runde von Handelsliberalisierungen ein wichtiger Bestandteil im Kampf gegen den Terrorismus sei. Dieser Ansatz wurde sehr schön von Robert Zoellick, dem Handelsbeauftragten der Regierung, auf den Punkt gebracht. Als er bei einer Pressekonferenz in Moskau über seine Hoffnung auf eine verstärkte Kooperation zwischen Russland und dem Westen sprach, erklärte er: „Manchmal bieten Tragödien, für diejenigen die wachsam sind, auch Chancen“ (*Washington Post*, 23.10.01).

Der Ausblick

Als der Wirtschaftsaufschwung in den 90er Jahren in den USA seinen Gipfel erreicht hatte, waren viele Kommentatoren der Ansicht, die *New Economy* hätte das alte Problem des konjunkturellen Auf und Ab überwunden. 1996 konnte man im *Wall Street Journal* lesen: „The big bad business cycle has been tamed“ (15.9.1996). Als sich dann das Wachstum im Jahre 2000 dramatisch verlangsamte wurde von amerikanischen und internationalen Ökonomen eine Erholung für die zweite Hälfte des Jahres 2001 vorausgesagt. Jetzt wird ein kurzer Abschwung erwartet, dem ein erneuter Aufschwung in der zweiten Hälfte des Jahres 2002 folgen soll. Zu berücksichtigen ist aber, worauf Joseph Stiglitz, einer der diesjährigen Empfänger des Nobelpreises für Wirtschaft und frühere Chefökonom der Weltbank hinwies, dass die ökonomischen Standardmodelle in Zeiten der Rezession schlecht zu gebrauchen sind und fast immer das Ausmaß des Abschwungs unterschätzen (Stiglitz 2001).

Der Konjunkturzyklus einer kapitalistischen Ökonomie wird zwar vom Verhalten der privaten Unternehmen bestimmt, allerdings hat die staatliche Politik Einfluss auf den Rhythmus des Zyklus. In den späten 70er Jahren war das Ende der Aufschwunghase in den USA von hohen Inflationsraten begleitet, so dass die Zentralbank eine sehr restriktive Geldpolitik verfolgte, die zu Zinssätzen von über 20% führte. Die Unternehmen sahen sich nicht nur mit fallenden Profiten sondern auch rapide ansteigenden Zinszahlungen konfrontiert und diese finanzielle Klemme führte zu einem abrupten Rückgang von Investitionen und Produktion. Damit wurde eine schwere Rezession eingeleitet, die bis 1982 dauerte. Viele Fabriken wurden geschlossen und der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit führte zu einer nachhaltigen Schwächung der

Gewerkschaften. Nachdem Mexiko im August 1982 seinen Zahlungsverpflichtungen nicht mehr nachkommen konnte – der Anfang der Schuldenkrise der Dritten Welt – lockerte die amerikanische Zentralbank ihre Geldpolitik wieder und unterstützt von den explodierenden Militärausgaben der Regierung Reagan begann ein erneuter Aufschwung.

Die Dynamik der nächsten Rezession zeigte ein ganz anderes Muster. Die Profite begannen in den späten 80er Jahren abzunehmen und Alan Greenspan, der gerade zum Chef der Zentralbank ernannt worden war, senkte die Zinsen noch bevor die Rezession tatsächlich eingetreten war. Er reagierte damit vor allem auf die angespannte Lage des Bankensektors, der in den vorangegangenen Jahren übermäßig viele Kredite vergeben hatte. Im Ergebnis fiel der konjunkturelle Abschwung gedämpft aus und die Rezession von 1990/91 dauerte nicht lange. Allerdings blieb das Wachstum in den Jahren unmittelbar vor und nach dieser Rezession unterhalb des langfristigen Durchschnitts. Zwischen 1989 und 1992 führte die wachsende Arbeitslosigkeit zu einer erneuten Schwächung der Position der Beschäftigten, während es den Unternehmen gelang, ihre finanzielle Situation zu verbessern und damit die Grundlage für einen neuen Aufschwung zu legen.

Zwar hat die amerikanische Zentralbank unter Alan Greenspan auf den gegenwärtigen Abschwung wie schon 1989 wieder durch starke Zinssenkungen reagiert, allerdings kann man nicht genau voraussagen, wie sich die Rezession entwickeln wird. Die hohen Investitionen Ende der 90er Jahre ließen die Kapazitäten weit stärker wachsen als die Produktion. Daher werden erst dann wieder Investitionen in größerem Umfang getätigt werden, wenn dieser Überhang abgebaut worden ist. Allerdings gibt es Anzeichen dafür, dass dieser Anpassungsprozess bereits in vollem Gange ist. Als Resultat des seit Beginn des Jahres scharfen Rückgangs der Investitionen hat sich das Wachstum der Produktionskapazitäten erheblich verlangsamt. Es wird geschätzt, dass, wenn diese Entwicklung so weitergeht, der Überhang Mitte 2002 zu einem großen Teil abgebaut sein wird. Allerdings wird ein erneuter Aufschwung auch davon abhängen, ob die Unternehmen und die privaten Haushalte ihre finanzielle Position verbessern können. Wynne Godly, ein britischer Keynesianer, der schon in den 90er Jahren auf die finanziellen Risiken des amerikanischen Aufschwungs hingewiesen hatte, betonte in seiner jüngsten Analyse die enorme Verschuldung sowohl der Unternehmen wie der privaten Haushalte. Er skizzierte zwei mögliche Szenarien wie diese wieder zu normalen finanziellen Verhältnissen zurückfinden könnten. In beiden Fällen unterstellte er, dass die Regierung jedes Jahr die Ökonomie mit einem Paket im Umfang von 100 Mrd. Dollar unterstützt.

Das erste Szenario beruht auf optimistischen Annahmen: die Kreditaufnahme der Unternehmen und Haushalte vermindert sich nur langsam, die Preise von Aktien und Häusern bleiben weitgehend stabil, die Weltwirtschaft beginnt

sich zu erholen. In diesem Fall würde die Produktion in den USA in den nächsten drei Quartalen fallen und darauf würden einige Jahre eines schwachen Wachstums folgen, die Arbeitslosenrate würde auf ca. 8% steigen. Im zweiten Szenario, das Godly selbst für realistischer hält, geht die Kreditaufnahme von Unternehmen und Haushalten ähnlich schnell zurück wie in der Rezession 1990/91, die Preise von Aktien und Häusern fallen, in anderen Ländern gibt es nur wenig Wachstum, so dass auch die Möglichkeiten für den Export beschränkt bleiben. In diesem Fall, so schätzt Godly, kommt es zu einer Rezession im Ausmaß von 1982 und einer Arbeitslosenrate von 10%.

Godly betont, dass solche Szenarios mit großen Unsicherheiten belastet sind, allerdings sollte an ihnen das Ausmaß der ökonomischen Probleme deutlich werden, vor denen die USA im Moment stehen. Seine Folgerung daraus ist, dass sich die USA eventuell der schwersten Rezession seit dem zweiten Weltkrieg gegenüber sehen und dass es keinen automatischen Weg zur Erholung gibt: notwendig wäre vielmehr eine Neuorientierung der Wirtschaftspolitik in der USA wie auch in der übrigen Welt (Godly/Izurieta 2001).

Literatur

- International Monetary Fund (2001): *World Economic Outlook Press Conference Speaking Notes*, 26 September 2001.
- Greenspan, Alan (2001): Testimony of Chairman Alan Greenspan, *Condition of the U.S. banking system*, Before the Committee on Banking, Housing, and Urban Affairs, U.S. Senate, 20 June 2001.
- Stiglitz, Joseph (2001): A Boost that Goes Nowhere, *Washington Post*, 11. November.
- Godly, Wynne; Izurieta, Alex (2001): *The Developing US Recession and Guidelines for Policy*, Jerome Levy Institute, New York, October.